

Zeitschrift für den wissenschaftlichen Kommunismus

Theoretisches Organ von GEGEN DIE STRÖMUNG Organisation für
den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 19
Januar 2005

Dokumente der 3. Parteikonferenz
von Gegen die Strömung (2004)

Prüfsteine

Programmatische Grundsatzerklärung:
Für die sozialistische Revolution, die Diktatur
des Proletariats und den Kommunismus

Programmatische Dokumente (Thesen):

- I. Proletarischer Internationalismus und
die proletarische Weltrevolution
- II. Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus
und Revanchismus!
- III. Der grundlegende Weg der sozialistischen Revolution
im imperialistischen Deutschland
- IV. Der Kampf gegen den modernen Revisionismus
- V. Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei
und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus

Grußadresse an die am wissenschaftlichen
Kommunismus orientierten Kräfte der ganzen Welt

ROT FRONT

Einleitung

Vorbemerkung zu den Dokumenten der 3. Parteikonferenz von „Gegen die Strömung“

Im November 1974 erschienen als Nummer 1 von „Gegen die Strömung“ (GDS) die „Thesen über die Aufgaben der westdeutschen Marxisten-Leninisten“.

Genau 30 Jahre später liegen nun als Ergebnis der 3. Parteikonferenz erneut Thesen zur politischen und ideologischen Linie sowie zur Linie des Parteaufbaus vor. Vorangestellt ist die **Programmatische Grundsatzerklärung** „Für die sozialistische Revolution, die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus“.

Ausgehend von programmatischen Grunddokumenten des wissenschaftlichen Kommunismus, vor allem dem „Manifest der Kommunistischen Partei“ von Marx und Engels aus dem Jahr 1848, dem weitgehend von Lenin verfaßten „Programm der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki)“ aus dem Jahr 1919 und dem 1928 auf dem VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale verabschiedeten „Programm der Kommunistischen Internationale“ wurde nun eine Zusammenstellung dieser Dokumente weiter überarbeitet und auch sprachlich dem heutigen Stand der Diskussion angepaßt. Eine genaue Dokumentation der Veränderungen im jetzt veröffentlichten Text der **Programmatischen Grundsatzerklärung** gegenüber der auf der 2. Parteikonferenz 1996 verabschiedeten Fassung erscheint gesondert.

Im Verlauf der letzten 15 Jahre erschienen monatliche Flugblätter (häufig auch als Doppelnummern), die breit verschickt und verteilt sowie auch innerhalb und außerhalb der Organisation intensiv diskutiert wurden. Neben aktuellen tagespolitischen Stellungnahmen zeigt die Durchsicht dieser monatlichen „Flugblätter“ – die oft einer Zeitung mehr ähneln –, daß hier eine Reihe zeitgeschichtlicher und ideologisch-programmatischer Fragen tiefgehend behandelt wurde und so Material für die Überarbeitung der 1996 erschienen Thesen enthielten.

So ergibt sich als wesentliche Änderung vor allem eine Ergänzung und Erweiterung – wenn auch in knapper Form – der bisherigen Thesen zur politischen und ideologischen Linie, hie und da eine Akzentverschiebung oder auch eine Veränderung nach Kritiken an einzelnen Fehlern. Eine gewisse Rolle bei den vorgenommenen Veränderungen spielte auch die nochmalige Überprüfung, ob die Thesen nicht auch nach dem damaligen Stand etwas sehr knapp unseren Standpunkt (der 1996 in ausführlichen Referaten in „**ROT FRONT**“ Nr. 1, 2, 3 und 4 festgehalten wurde) wiedergegeben haben. Außerdem gab es noch einige stilistische Kritiken.

Auch hier wird eine vergleichende Darstellung und Begründung der Veränderungen gesondert erscheinen.

Die **Thesen** zum Parteaufbau werden unverändert übernommen, da es trotz intensiver Diskussionen keine inhaltlichen Kritiken gab.

Es sei noch erwähnt, daß die nun verabschiedeten **Programmatischen Dokumente (Thesen)** über den proletarischen Internationalismus und die proletarische Weltrevolution neu geschrieben wurden, da 1996 nur das Referat, aber keine Thesen erstellt wurden. Neu hinzugefügt wurden auch Thesen über den Kampf gegen den modernen Revisionismus.

Die ausführlich überarbeiteten Referate zu den Thesen zur ideologischen und politischen Linie, die vor allem die Ergänzungen, Präzisierungen und Aktualisierungen sowie auch Korrekturen auf der Grundlage der bisherigen Stellungnahmen seit 1996 mit aufnehmen werden, sollen im Jahr 2005 im Theoretischen Organ „**ROT FRONT**“ erscheinen.

Bemerkungen zur Entwicklung international und in Deutschland in den letzten acht Jahren

I. Seit 1996 die Dokumente der 2. Parteikonferenz erschienen sind, also in den letzten acht Jahren, ist die internationale Konterreolution und insbesondere der deutsche Imperialismus, Militarismus und Revanchismus auf dem Vormarsch.

International hat sich nach der planmäßigen Zerstörung der sozialimperialistischen Vorherrschaft in Osteuropa und der Veränderung der vom Sozialimperialismus Breschnews geprägten Sowjetunion in

eine autokratische russische Militär- und Polizeidiktatur unter Führung Putins vieles weiter zugespitzt:

Die weltpolitische Selbstverständlichkeit, mit der die Besetzung anderer Länder durch imperialistische Großmächte vorgenommen wird, vor allem aber auch die enorme Zuspitzung der innerimperialistischen Kämpfe zwischen den Großmächten zeigte sich insbesondere in Jugoslawien, Afghanistan und dem Irak.

Als ein Problem hat sich auch die zunehmende Rolle von reaktionären, sich nationalistisch oder religiös bemäntelnden Bewegungen erwiesen, die ein Produkt des Imperialismus sind. Einerseits wurden und werden diese oftmals aufgepäppelt, um im imperialistischen Konkurrenzkampf gegen imperialistische Rivalen eingesetzt zu werden, andererseits dienen sie dazu, den Einfluß wirklich fortschrittlicher oder revolutionärer Kräfte und Organisationen zu zerschlagen. Der deutsche Imperialismus verfügt über eine lange Erfahrung bei der Instrumentalisierung und Aufpäppelung reaktionärer Kräfte und Bewegungen insbesondere auch durch den Nazi-Faschismus.

Ein kurzer Rückblick auf diese acht Jahre ergibt vor allem auch eine zunehmende Aggressivität des deutschen Imperialismus im Kampf um die Weltherrschaft insbesondere gegen den US-Imperialismus und damit verbunden auch eine Intensivierung der ideologisch-nationalistischen Bombardierung der Bevölkerung in Deutschland.

Entsprechend seines Schritt für Schritt ausgedehnten Machtzuwachses, seiner zunehmenden ökonomischen, politischen und vor allem auch militärischen Stärke hat der deutsche Imperialismus weltweit den Konkurrenzkampf um Einflußsphären gerade auch gegen den US-Imperialismus verschärft. In Europa haben sich die Machtverhältnisse vor allem ökonomisch gegenüber seinen Hauptrivalen innerhalb der EU, dem französischen sowie auch dem englischen Imperialismus, zu seinen Gunsten verschoben, wobei sein Gewicht und Potential besonders durch die EU-Erweiterung noch mehr gesteigert wurde und wird. Der deutsche Imperialismus trumpft in aller Welt auch politisch immer mehr auf – inzwischen wie im Irakkrieg ganz offen gegen die USA. Seit längerem pochen die deutschen Imperialisten auch weltweit auf „politische Gleichberechtigung“, so auch auf einen ständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat.

- Nachdem bereits am 1. September 1995, dem Jahrestag des Nazi-Überfalls auf Polen, der erste direkte und offene Kriegseinsatz der Bundeswehr in Bosnien Realität geworden war, erfolgte 1997 eine bewaffnete Intervention und Aggression des deutschen Imperialismus in Albanien, wo sich große Teile der Bevölkerung bewaffnet gegen kapitalistische und imperialistische Ausplünderung erhoben hatten. Bundeswehrsoldaten versuchten sogenannte „Rebellen“ zu erschießen, was von den bürgerlichen Medien und Politikern lautstark in chauvinistisch-militaristischer Manier als „Pflichterfüllung“ der „deutschen Helden“ gelobt und gerechtfertigt wurde.^{1*}
- Eine weitere Etappe der immer offener militärisch durchgeführten und abgesicherten Expansion des deutschen Imperialismus leitete 1999 die Beteiligung der Bundeswehr an dem ohne den Deckmantel eines UNO-Mandats durchgeführten imperialistischen Angriffskrieg gegen Jugoslawien ein. In Rivalität und Kollaboration mit anderen imperialistischen Mächten errichtete die Bundeswehr in Teilen des Kosova ein imperialistisches Besatzungsregime.²
- Infolge des weltweiten Vorpreschens aller imperialistischen Großmächte nach dem 11. September 2001 stellt die Beteiligung des deutschen Imperialismus am imperialistischen Angriffskrieg vor allem des US-amerikanischen und englischen Imperialismus gegen Afghanistan 2001/2002 und im Zusammenhang damit der am 16.11.2001 vom deutschen Bundestag gefaßte „Ermächtigungsbeschluß“, der die offizielle Ausweitung des Einsatzes der Bundeswehr auf alle Teile der Welt bedeutet, eine weitere Stufe der militärischen Expansion und der weltweiten Kriegsvorbereitung des deutschen Imperialismus dar. Die Bundeswehr hat inzwischen mehr als 7.000 Soldaten in anderen Ländern stationiert und in verschiedenen Ländern Militärstützpunkte aufgebaut, insbesondere in Afghanistan (über 2.000 Soldaten), in Kosova (ca. 4.000 Soldaten), in Bosnien und Herzegowina (über 1.000 Soldaten), aber auch in Usbekistan (300 Soldaten) oder am Horn von Afrika (300 Soldaten).³ Insgesamt ist die Bundeswehr in derzeit 14 Ländern „im Einsatz“. Durch das Rotationsprinzip unter den Truppen sind insgesamt 60.000 Soldaten für den Auslandseinsatz verplant und gebunden.⁴
- Die Ablehnung des imperialistischen Angriffskriegs des US-Imperialismus im Bündnis mit dem englischen Imperialismus gegen

* Die Anmerkungen zur Einleitung befinden sich auf S. 29 ff.

den Irak im März 2003 durch den deutschen Imperialismus im Bündnis mit dem französischen Imperialismus und unter Einbindung des russischen Imperialismus erfolgte nicht wegen angeblicher „Friedfertigkeit“. In dem sich in den letzten Jahren enorm zuspitzen- den Konkurrenzkampf der imperialistischen Großmächte sowie der immer offener militärisch durchgeführten Sicherung und Erweiterung ihrer Einflußsphären hat der deutsche Imperialismus vielmehr im Interesse seiner eigenen imperialistischen Großmachtinteressen seinen momentan schärfsten Konkurrenten – den US-Imperialismus – durch seine Ablehnung des Irakkriegs 2003 zum ersten Mal international deutlich vernehmbar herausgefordert, seine neue Stärke und die Verlässlichkeit seiner Bündnispartner getestet und sich insbesondere bei den vom US-Imperialismus ausgebeuteten und unterdrückten Völkern als angeblich „humanere“ Alternative angeboten.⁵

II. Es ist nicht wahr, daß es in dieser Zeit keine Gegenwehr, keine Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter, der ausgebeuteten und unterdrückten Werktätigen gegeben hat. Gerade auch in den letzten acht Jahren hat es in verschiedenen Ländern immer wieder große Massenkämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter, Streiks und Generalstreiks sowie bewaffnete Erhebungen unterdrückter Volksmassen gegeben. Hier sei nur an einige herausragende Kämpfe erinnert:

- 1998 entwickelte sich in Frankreich ein beispielhafter Kampf der Erwerbslosen, der sich durch die Militanz der Protestaktionen sowie das enge, solidarische Zusammenwirken mit anderen fortschrittlichen Bewegungen, so etwa der Bewegung „Sans papiers“ und militanten Jugendprotesten, auszeichnete.⁶
- In Südkorea führt eine wirklich kämpferische Bewegung der Arbeiterinnen und Arbeiter – auch unterstützt durch Studentinnen und Studenten – seit Jahren gegen massive staatliche Repressionen und Verfolgungen militante Streiks und Demonstrationen durch, besonders massiv zuletzt im Jahr 2001.
- In Nepal wird seit 1996 unter Roter Fahne ein bewaffneter Kampf gegen die brutale Ausbeutung und Unterdrückung durch das Regime feudalistischer Großgrundbesitzer und der vom Imperialismus abhängigen Kompradoren geführt. Auch in Indien gibt es nach wie vor eine gegen Feudalismus und den indischen Kompradorenstaat gerichtete agrarrevolutionäre Bewegung.⁷

- Verschiedene Länder Südamerikas waren und sind in den letzten Jahren Brennpunkte großer, oftmals militanter und teilweise auch bewaffneter Kämpfe ausgebeuteter und unterdrückter Massen, so in Ecuador 1999/2000, in Argentinien vor allem 2002 sowie in Bolivien 2003. Dabei bündelte sich wie etwa in Ecuador und Bolivien der Kampf der indigenen Bevölkerung gegen nationale Unterdrückung und Diskriminierung mit dem antiimperialistischen Kampf gegen die Unterdrückung und Ausbeutung durch die imperialistischen Länder sowie mit dem sozialen Klassenkampf der Arbeiterinnen und Arbeiter, Bäuerinnen und Bauern gegen die vom Imperialismus abhängige Reaktion.⁸
- In den letzten Jahren gab es auch massive Proteste und teilweise militante Kämpfe gegen die Treffen der politischen Repräsentantinnen und Repräsentanten der imperialistischen Großmächte (Seattle, Quebec, Davos, Göteborg und Prag sowie 200.000 Demonstrantinnen und Demonstranten in Genua 2001).⁹
- Sehr breite und teilweise auch sehr kämpferische Proteste gab es Anfang 2003 gegen den damals unmittelbar bevorstehenden Krieg hauptsächlich des US- und des englischen Imperialismus gegen den Irak. In Italien etwa wurden Militärtransporte blockiert, Hafendarbeiterinnen und -arbeiter weigerten sich, Militärmaterial auf Schiffe zu verladen. In Großbritannien verweigerten Lokomotivführer den Transport von Munitionszügen. Auf den Demonstrationen, die am 15. Februar 2003 weltweit stattfanden, nahmen in einigen Städten weit über eine Million Menschen teil (London 1,5 Mio., Madrid 2 Mio., Rom 2,5 Mio., in den USA demonstrierten ebenfalls Hunderttausende).¹⁰

Sicherlich am hervorstechendsten ist dennoch das weitgehende Fehlen wirklich am wissenschaftlichen Kommunismus festhaltender Kräfte. Die sich am Kommunismus orientierenden oder wenigstens darauf berufenden Organisationen sind weitgehend im Schlepptau des modernen Revisionismus oder anderer antistalinistischer Strömungen.

Aber wir sind durch die Bulletins und Übersetzungen darauf vorbereitet, so intensiv wie möglich mit allen in Ansätzen positiven proletarisch-internationalistisch und revolutionär orientierten Kräften zusammenzuarbeiten und zu debattieren.

Wir sind zuversichtlich, daß hier in den nächsten zehn Jahren Kontakte neu hergestellt und schon existierende weiter intensiviert werden.

III. 15 Jahre nach dem Verschwinden der DDR, dieser poli-zeistaatlichen Karikatur auf den Sozialismus, 15 Jahre nach der Einverleibung der DDR durch den deutschen Imperialismus ergibt eine aktuelle Bestandsaufnahme im Jahre 2004, daß sich buchstäblich auf keinem einzigen Gebiet in Deutschland die Lage für die Masse der Werktätigen verbessert hat, daß die Reaktion systematisch und mit großen Schritten weiter auf dem Vormarsch ist, Unterdrückung und Ausbeutung verschärft und die Kriegsmaschinerie vor allem durch Auslandseinsätze in Ex-Jugoslawien und Afghanistan erprobt und ausgebaut wird.

Wenn wir auf die letzten acht Jahre der inneren Entwicklung Deutschlands zurückschauen, die nur im Zusammenhang mit der weltpolitischen Lage wirklich verstanden werden kann, so ergibt sich eine massive Verschärfung der Faschisierung des Staatsapparates, ein ungeheurer Abbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, ein massiver Vormarsch nazi-faschistischer Kräfte sowie in Verbindung auch mit den außenpolitischen imperialistischen und kriegstreiberischen Vorstößen eine weitere Zunahme chauvinistischer, rassistischer und antisemitischer Hetze. Genannt seien hier nur die wichtigsten Einschnitte und Verschärfungen:

- Gegen die berechtigten Forderungen und Ansprüche der Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter des Nazi-Faschismus auf wenigstens materielle Entschädigung 60 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs konzentrierte der deutsche Imperialismus 1999/2000 seine ganzen Bestrebungen darauf, endgültig einen „Schlußstrich“ zu ziehen und sich mit einer angesichts des Ausmaßes der Verbrechen des Nazi-Faschismus lächerlichen Summe „freizukaufen“, um in seinem dritten Anlauf im Kampf um die Weltherrschaft vor allem international sein Image zu verbessern.¹¹
- Im Windschatten des 11.9.2001 nutzte der Staat des deutschen Imperialismus die Gelegenheit, längst vorbereitete Gesetzesverschärfungen und Maßnahmen zur staatlichen Überwachung und Repression ohne nennenswerten Widerstand durchzusetzen. Mit der Ergänzung des Paragraphen 129 um einen weiteren Absatz (Paragraph 129b) wird die Kriminalisierung demokratischer und revolutionärer Kräfte auf die Mitgliedschaft und Unterstützung sogenannter „internationaler terroristischer Organisationen“ ausgedehnt. Die „legalen“ Befugnisse des Bundesgrenzschutzes, des Bundeskriminalamtes und des Verfassungsschutzes wurden insbesondere bei der Bespitzelung und Telefonüberwachung sowie der Legalisierung der massenhaften Speicherung und Abglei-

chung von Daten enorm ausgeweitet. Von diesen Verschärfungen sind am meisten Menschen aus anderen Ländern betroffen.¹²

- Neben dem sich immer weiter verschärfenden mörderischen Nazi-Terror, der sich besonders gegen „Nichtdeutsche“ und Flüchtlinge richtet, hat sich vor allem der staatliche mörderische Terror gegen Flüchtlinge gesteigert. Der deutsche Staatsapparat ist der Hauptakteur beim tagtäglichen Terror gegen Arbeitsuchende und Flüchtlinge aus aller Welt, gestützt auf verschärfte Sondergesetze gegen Menschen aus anderen Ländern. Verstärkt haben sich die menschenunwürdige Behandlung in Massenlagern, brutale Mißhandlungen bis hin zu Folter und Scheinhinrichtungen durch deutsche Polizisten sowie die Jagd auf Menschen an deutschen Grenzen mit häufig tödlichem Ausgang. Durch mörderische Abschiebepraktiken und eigens dafür geschaffene Abschiebegefängnisse werden Flüchtlinge in den Tod getrieben, einige sogar direkt bei der Abschiebung durch BGSler getötet oder an die Folterer und Henker in der Türkei, im Iran, in Nigeria, Togo und anderswo ausgeliefert.¹³
- Die Anfang 2002 durch die inneren Widersprüche der verschiedenen Abteilungen des deutschen Imperialismus im Zusammenhang mit dem bald darauf ganz eingestellten NPD-Verbotsverfahren herausgekommenen Tatsachen über die Verankerung der Nazi-Faschisten in Kernbereichen des Staatsapparats (insbesondere auch in dessen Geheimdienstapparat) machten und machen deutlich: Der deutsche Imperialismus mit seiner zunehmenden Aggressivität nach außen und der damit verbundenen Faschisierung im Inneren befindet sich bei der Durchsetzung seiner Interessen und der Verwirklichung seiner Ziele in einer Situation, in der er vor dem Hintergrund sich verschärfender kapitalistischer Krisen und der zunehmenden Verschlechterung der Arbeits- und Lebenssituation der werktätigen Bevölkerung auf die Option von Nazi-Parteien zur Einbindung der Massen, auf die Nazi-Vernetzung zwischen Staatsapparat und Stiefel-Nazis als Alternative zu den heutigen bürgerlichen Parlamentsparteien nicht verzichten kann.¹⁴ Die dramatische Zuspitzung zeigt sich nicht nur bei dem fortgesetzten, von den Medien weitgehend vertuschten tagtäglichen Nazi-Terror und den weiterhin verübten Nazi-Morden, nicht nur bei den Woche für Woche unter Polizeischutz durchgeführten Nazi-Aufmärschen und nicht nur bei den Wahlerfolgen der Nazi-Parteien, sondern gerade auch in der vor wenigen Jahren nicht denkbaren Situation, daß Nazi-Kräfte sich tatsächlich an Demonstrationen gegen Sozialabbau beteiligen können, durchgesetzt von der Polizei und der Justiz, teilweise aber sogar unter Duldung und Billigung angeblich „fortschrittlicher“ Kräfte gegen den zu schwachen Protest von Antifaschistinnen und Antifaschisten.

- Der antisemitische Terror und die antisemitische Hetze wurden in den letzten Jahren verschärft vorangetrieben. Im Juli 2000 erfolgte der Bombenanschlag auf jüdische Einwanderer in Düsseldorf. Der Antisemitismus, auf der Straße durch Nazi-Schläger und Nazi-Mordbanden präsent, wurde auch in den verschiedenen oberen Abteilungen des deutschen Imperialismus weiter aktiviert. Der Schriftsteller Walsler, der als praktizierender Antisemit bereits vor Jahren sein „Deutschland erwache“ mit dem Kampf gegen die angebliche „Auschwitzkeule“ als „Friedenspreis-träger“ unter dem tosenden Beifall der oberen Tausend des Überbaus des deutschen Imperialismus vorgetragen hatte, traf sich am 8. Mai 2002 mit Bundeskanzler Schröder zur öffentlichen Fernseh-Aussprache, um über das Programm des „Deutschland erwache“ zu schwadronieren. Zugleich eröffnete in dieser Zeitspanne eine Abteilung des deutschen Imperialismus mit Möllemann an der Spitze (gefolgt von Hohmann, Karsli und anderen) die Kampagne, in Deutschland auch eine Abteilung ähnlich Le Pens und Haiders zu stabilisieren – mit dem Programm des Bündnisses mit diversen reaktionären Regimes des Erdballs in zunehmender Opposition gegen den US-Imperialismus und mit verschärftem Antisemitismus.¹⁵
- Ein weiterer Aspekt der zunehmenden Faschisierung in Deutschland ist, daß von Politikern und Ideologen des deutschen Imperialismus immer offener dafür plädiert wird, „im Bedarfsfall“ zu foltern, um Aussagen herauszupressen. Das reicht vom offiziellen direkten Androhen und konkreten Vorbereitungen von Foltermaßnahmen im Frankfurter Polizeipräsidium Anfang 2003, die auf eine erschreckend breite Zustimmung gestoßen sind, bis zum offenen Eintreten für die Anwendung von Folter „im Kampf gegen den Terror“ durch einen Professor der Bundeswehr-Hochschule.¹⁶
- Wirtschaftlich und sozial wurde der jahrelange Zustand sich massiv verschärfender Ausbeutung und des Sozialabbaus vor allem seit 2003 durch ein Zusammenspiel von Maßnahmen Schlag auf Schlag forciert. Zusätzlich zur verstärkten Ausbeutung durch Intensivierung und Rationalisierung der Produktion sowie durch Massenentlassungen werden mit den Sozialraub-Programmen „Agenda 2010“ und „Hartz“ insbesondere auch für Erwerbslose sehr weitgehend sogenannte „soziale Leistungen“ abgebaut, die in Wirklichkeit durch Kämpfe der Arbeiterbewegung den Kapitalisten abgerungene Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitskraft sind. Zugleich geht es dem deutschen Monopolkapital darum, durch sogenannte „Öffnungsklauseln“ und die Unterminierung der Flächentarife die Möglichkeiten und Formen kollektiver Gegenwehr der Arbeiterinnen und Arbeiter weitgehend zu beseitigen. Ein durchaus raffinierter

Schachzug der deutschen Imperialisten bestand und besteht dabei darin, sich des demagogischen Potentials einer angeblich „linken“ sozialdemokratisch geführten Regierung zu bedienen, um – gerade auch unter Mithilfe der DGB-Führung – auf breiter Front ihre Angriffe gegen die Lebenslage der Masse der Werktätigen durchzuführen. Denn es ist unbestreitbar, daß dieser Sozialabbau unter einer CDU-geführten Regierung auf viel breitere Proteste gestoßen wäre.

IV. Was die Gegenwehr anbetrifft, sowohl in den Betrieben als auch im Bereich des Kampfes gegen die Nazis und die deutsch-nationale Verhetzung überhaupt mit dem Abschiebeterror als praktische Hauptkomponente, ist ein Auf und Ab zu verzeichnen. Erinnern wir hier zunächst an die wichtigsten Streiks und Protestaktionen der Arbeiterinnen und Arbeiter in den letzten Jahren:

- Im März 1997 kämpften mehrere Tage lang Zehntausende Bergarbeiter mit vielfältigen Aktionen gegen drohende Betriebsstillegungen und die angekündigte Beseitigung Zehntausender Arbeitsplätze im Steinkohlebergbau.¹⁷
- Im September 1999 besetzten die Arbeiterinnen und Arbeiter des Alcatel-Kabelwerkes in Berlin/Neukölln fünf Wochen lang das Werk, um gegen dessen drohende Schließung zu protestieren.¹⁸
- Vom 17.6.2002 bis zum 26.6.2002 streikten zum ersten Mal seit 1945 insgesamt ca. 32.000 Bauarbeiterinnen und Bauarbeitern in ganz Deutschland für bessere Arbeitsbedingungen und Lohnerhöhungen.¹⁹
- Vom 1.6.2003 bis zum 28.6.2003 streikten die Arbeiterinnen und Arbeiter der Metall- und Elektroindustrie in den Tarifbezirken Sachsen, Brandenburg und Berlin (Ost) für die 35-Stunden-Woche und den Fortbestand der bereits abgeschlossenen Tarifverträge. Die neue Qualität der Hetzkampagne der bürgerlichen Medien gegen diesen Streik, die massive Einmischung bürgerlicher Politiker bis hin zur Aufforderung, den Lohnkampf sofort zu beenden, im Zusammenspiel mit den Streikbruchaktivitäten von Betriebsratsfürsten der Automobilindustrie in Westdeutschland und dem undemokratischen Streikabbruch ohne Urabstimmung entgegen der eigenen IG-Metall-Satzung, im nachhinein abgesehen durch den IG-Metall-Vorstand, zeigt insbesondere die zunehmende Verstärkung der Faschisierung gegen die Arbeiterbewegung.²⁰
- Mit den größten Protestaktionen der letzten Jahre, kurzfristigen Streiks, Demonstrationen und Straßenblockaden, kämpften im Juli 2004 Zehntausende Arbeiterinnen und Arbeiter sowie andere Werktätige verschie-

dener Werke von DaimlerChrysler gegen die angekündigte Verschärfung der Ausbeutung durch „Kosteneinsparungen“.²¹

- Vom 14.10.2004 bis zum 20.10.2004 streikten die Arbeiterinnen und Arbeiter der Opelwerke in Bochum gegen drohende Massenentlassungen. Dieser Streik wurde ohne und gegen die Gewerkschaftsführung begonnen und durchgeführt. Der Streik hat einerseits die große Kampfkraft der selbständig kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeiter gezeigt. Andererseits ist einmal mehr auch die enorme Kraft der Abwiegelei der Gewerkschaftsführung und ihres Apparates im Dienst des Kapitals deutlich geworden, der es schließlich gelang, in einer gemeinsamen Aktion mit den Kapitalisten und mit Hilfe einer undemokratisch durchgeführten Abstimmung den Streik abubrechen.²²

Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen: Die üble Rolle der Gewerkschaftsfürsten hat sich noch lange nicht erschöpft, auch wenn die große potentielle Kampfkraft der Arbeiter und Arbeiterinnen bei den Kampfaktionen aufblitzt. Eine massivere Abkehr von den Gewerkschaftsfürsten ist noch nicht erfolgt, basisorientierte kleine gewerkschaftsoppositionelle Gruppen beginnen vorsichtig, sich zu vernetzen, wobei sie dem Entlassungsterror und der Denunziation der DGB-Fürsten ausgesetzt sind.

Hier werden wir weiter wie bisher, leise und kontinuierlich, vorsichtig und energisch unsere Arbeit leisten, um vor allem in den Betrieben kommunistische Betriebszellen aufzubauen und innerhalb der Gewerkschaften in demokratischen und ökonomischen Fragen voranzugehen, den Antikommunismus zu bekämpfen und die Logik des wissenschaftlichen Kommunismus den Umständen entsprechend ruhig und überzeugend zu erklären.

Ähnliches gilt auch in der Anti-Nazi-Bewegung.

In der Anti-Nazi-Bewegung ist in den letzten Jahren durch die Zangenbewegung der sozialdemokratisch-revisionistischen staatstreuen Einflußnahme einerseits und durch die proamerikanischen Provokateure um „Bahamas“ andererseits eine schwierige Lage entstanden, ja es ist ein gewisser Niedergang zu beobachten.²³

Doch auch hier entwickelt sich der Haß auf die Nazi-Mörder weiter. Die Notwendigkeit, den Selbstschutz zu organisieren und vor allem auch selbst anzugreifen, um sich zu schützen, wird immer deutlicher. Wir erinnern hier nur an einige wichtige Kämpfe gegen die Nazi-Faschisten in den letzten Jahren, die aus der Fülle vieler auch kleine-

rer Protest- und Widerstandsaktionen gegen die Nazi-Faschisten herausragen:

- Am 1. Mai 1998 verhinderten in Leipzig 5.000 bis 6.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten durch ihren militanten Kampf, daß Tausende Nazis ihren geplanten Marsch durch die Straßen von Leipzig durchführen konnten.²⁴
- Am 30. Januar 1999 protestierten und kämpften in Kiel 2.500 Antifaschistinnen und Antifaschisten zum Teil militant gegen einen NPD-Aufmarsch.
- In Berlin gelang es am 1. Mai 2004 durch teilweise militante Proteste von ca. 4.500 Antifaschistinnen und Antifaschisten einen Aufmarsch von ca. 2.000 Nazis weitgehend zu verhindern.
- Am 3.10.2004 verhinderten in Leipzig rund 1.500 Antifaschistinnen und Antifaschisten durch vorbildliche militante antifaschistische Aktionen einen Nazi-Aufmarsch.²⁵

Auch auf dem Gebiet des antimilitaristischen Kampfes – wie z. B. gegen den imperialistischen Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999, gegen Bundeswehr-Vereidigungen, gegen die jährlichen Zusammenkünfte von Vertretern der imperialistischen Kriegstreiber in München usw. – sowie auf dem Gebiet des antirassistischen Kampfes – etwa Demonstrationen, internationale Grenzcamps sowie Verhinderungen von Abschiebungen – gab es eine Reihe von fortschrittlichen Aktionen.

Wo möglich, arbeiten, kämpfen und diskutieren unsere Genossinnen und Genossen solidarisch in antifaschistischen, antirassistischen und antimilitaristischen Initiativen, bekämpfen den vorhandenen Legalismus, die kurzschlüssigen und kurzfristigen Vorstellungen, aber auch die antikommunistischen Grundpositionen dort, wo sie auftauchen.

In diesen beiden großen gesellschaftlichen Gegenbewegungen – innerhalb der Betriebe, aber auch in antinazistischen, antirassistischen sowie auch antimilitaristischen Bewegungen – werden, das zeigen die vergangenen acht Jahre, große Möglichkeiten existieren, wenn wir uns selbst wirklich stabilisieren, um einzugreifen und positive Entwicklungen zu beeinflussen.

Anmerkungen

¹ Siehe dazu ausführlich: „Erklärung von „Gegen die Strömung“ gegen die bewaffnete Intervention und Aggression des deutschen Imperialismus in Albanien und für die Entwicklung des bewaffneten Aufstands in Albanien“ (März 1997). In: „Politische Stellungnahmen 1997/1998 zu Themen und Fragen des revolutionären Kampfes und des wissenschaftlichen Kommunismus in Flugblättern und Plakaten von GDS – Diskussionsbeiträge zu den Flugblättern und Plakaten“.

² Siehe dazu GDS 4/1999: „Den imperialistischen Krieg gegen Jugoslawien bekämpfen! Die Demagogie des deutschen Imperialismus von der angeblich ‚humanitären Hilfe‘ entlarven!“ In „Politische Stellungnahmen 1999/2000...“.

³ Stand der Zahlen November 2004 gemäß offiziellen Bundeswehrangaben. Zur Bundeswehr in anderen Ländern siehe ausführlich GDS 3/2002: „Ex-Jugoslawien, Afghanistan, Usbekistan, Kuwait, Somalia... – Der deutsche Imperialismus beim dritten militärischen Anlauf für seine Weltherrschaftsziele!“ In: Politische Stellungnahmen 2001/2002...“.

⁴ Siehe dazu GDS 5/2003: „Die Zuspitzung der Rivalität zwischen den imperialistischen Großmächten und der Prüfstein: Kampf gegen die Bundeswehr! Zur internationalen Lage“. In „Politische Stellungnahmen 2003/2004...“

⁵ Siehe dazu GDS 3/2003: „20. März 2003: Irak von US-amerikanischen und englischen Flugzeugen bombardiert! – Stellungnahme gegen die US-Aggression und die Taktik des deutschen Imperialismus im Nahen Osten“. In „Politische Stellungnahmen 2003/2004...“.

⁶ Siehe dazu ausführlich in „Rot Front“ Nr. 8 (Januar 1999): Stellungnahmen von „Gegen die Strömung“ zu Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland und in anderen Ländern von 1984 bis 1997.

Vgl. auch GDS 2/1998: „Aus dem beispielhaften Kampf der Erwerbslosen in Frankreich lernen! Den Kampf gegen die massenhafte Erwerbslosigkeit und ihre kapitalistischen Ursachen aufnehmen!“ In „Politische Stellungnahmen 1997/1998...“.

⁷ Zu den Kämpfen in Südkorea und Nepal siehe ausführlicher GDS Nr. 4/2002 zum 1. Mai 2002: „Die imperialistischen ‚Herren der Welt‘ haben nicht ‚alles im Griff‘! Die gerechten Kämpfe der Ausgebeuteten und Unterdrückten in aller Welt lassen sich nicht aufhalten!“ In: „Politische Stellungnahmen 2001/2002...“.

⁸ Siehe ausführlich GDS 1/2000: „Was zeigen die militanten Massenkämpfe in Ecuador?“. In: „Politische Stellungnahmen 1999/2000...“. GDS 1/2002: „Die anhaltenden Kämpfe der Ausgebeuteten und Unterdrückten in Argentinien zeigen den fortschrittlichen Kräften der ganzen Welt: So wie es ist, bleibt es nicht“. In: „Politische Stellungnahmen 2001/2002...“. GDS 10/2003: „Solidari-

tät mit den Kämpfen der werktätigen und ausgebeuteten Massen Boliviens!“ In „Politische Stellungnahmen 2003/2004...“.

⁹ Vgl. dazu GDS 9/2001: „Erklärung von „Gegen die Strömung“: Die militanten Kämpfe in Genua gegen die weltweite imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung waren gerecht!“. In: „Politische Stellungnahmen 2001/2002...“

¹⁰ Auf der Demonstration in Berlin, an der sich ca. 500.000 Menschen beteiligten, wurde nur von wenigen auch auf den deutschen Imperialismus hingewiesen, auf seine weltweiten Rüstungsexporte, auf seine aggressive, militaristische Politik in und gegen den Irak und auf seine heuchlerischen Friedensphrasen. Im allgemeinen hat sich sowohl beim Afghanistankrieg ab 2001 als auch beim Irakkrieg ab 2003 gezeigt, daß in Deutschland die führenden Kräfte innerhalb der Protestbewegung im Grunde die Interessen des deutschen Imperialismus gegen den US-Imperialismus vertreten. Sie verbreiteten und verbreiten – so wie die PDS – schmierig-illusionäre Phrasen „gegen Gewalt an sich“, machen „schlaue Vorschläge“ für ein effektiveres imperialistisches Vorgehen und fordern gegen angebliche „Amerikahörigkeit“ endlich einen eigenen „deutschen Weg“ zu gehen. Andere Pseudolinke stellten und stellen sich hinter die Aggression gegen Afghanistan oder gegen Irak mit der alten kolonialistischen These vom angeblich fortschrittlichen Imperialismus.

¹¹ Vgl. dazu ausführlich GDS 2-3/2000: „Zum Thema Zwangsarbeit: Die Forderungen der Verfolgten des Nazifaschismus sind berechtigt!“. In: „Politische Stellungnahmen 1999/2000...“.

¹² Zur Verschärfung der staatlichen Repression und der staatlichen Faschisierung besonders seit Anfang der 90er Jahre siehe GDS 1/2001: „Ohne auch nur einen Millimeter im Kampf gegen die Nazis zurückzuweichen – den Kampf gegen staatlichen Abschiebungsterror und staatliche Faschisierung überhaupt verstärken! Gegen den Staatsterror!“. In: „Politische Stellungnahmen 2001/2002...“.

¹³ Siehe ebenda.

¹⁴ Vgl. dazu ausführlich GDS 2/2002: „NPD und Verfassungsschutz: Die Nazis mitten im Staatsapparat!“. In: „Politische Stellungnahmen 2001/2002...“.

¹⁵ Vgl. dazu ausführlich GDS 5/2002: „Die erstarkende Feindschaft gegen die Juden in Deutschland bekämpfen“. In: „Politische Stellungnahmen 2001/2002...“.

¹⁶ Siehe ausführlich GDS 5/2004: „Die Heuchelei des deutschen Imperialismus angesichts der Verbrechen seines imperialistischen Rivalen USA: Die Folter ist ein Meister aus Deutschland“.

¹⁷ Siehe dazu ausführlich in „Rot Front“ Nr. 8 (Januar 1999): Stellungnahmen von „Gegen die Strömung“ zu Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland und in anderen Ländern von 1984 bis 1997. Vgl. auch GDS

3/1997 „Erfahrungen aus dem militanten Kampf der Bergarbeiter“. In: „Politische Stellungnahmen 1997/1998...“.

¹⁸ Siehe GDS 11-12/1999: „Fünf Wochen Betriebsbesetzung bei Alcatel-Berlin!“. In: „Politische Stellungnahmen 1999/2000...“.

¹⁹ Vgl. ausführlich GDS 7/2002: „Das Dilemma der von der Gewerkschaftsführung abhängigen Streikbewegung: Der Bauarbeiterstreik im Juni 2002“. In: „Politische Stellungnahmen 2001/2002...“.

²⁰ Vgl. ausführlich GDS 6-7/2003: „Mit Polizei, Zwickels und Medien wie BILD forciert der deutsche Imperialismus die Faschisierung gegen die Arbeiterbewegung“.

²¹ Vgl. dazu ausführlich GDS 7/2004: „20 Jahre nach dem Kampf für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche verschärft das deutsche Monopolkapital die Angriffe auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der gesamten Arbeiterklasse: Der Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter von DaimlerChrysler im Juli 2004“.

²² Vgl. dazu ausführlich GDS 10/2004: „Zum Streik und Streikabbruch bei Opel: Zweierlei Lehren“.

²³ Vgl. dazu „Thesen gegen den kapitulantenhaften Aufruf zum Antifakongreß der Autonomen Antifa (M), der Antifaschistischen Aktion Berlin und des Bündnisses gegen Rechts Leipzig im April 2001. In: „Politische Stellungnahmen 2001/2002...“.

²⁴ Siehe dazu ausführlich GDS 5/1998: „Leipzig 1. Mai 1998: Militanter Kampf – der richtige Weg gegen die erstarkenden Nazis!“. In: „Politische Stellungnahmen 1997/1998...“.

²⁵ Vgl. ausführlich in GDS 10/2004: „Nazis auf Demonstrationen gegen Hartz IV – Militante Antifa-Aktionen am 3.10. in Leipzig: Die richtige Antwort“. In: „Politische Stellungnahmen 2003/2004...“.

Inhaltsverzeichnis

Grußadresse anlässlich der 3. Parteikonferenz von „Gegen die Strömung“: An die am wissenschaftlichen Kommunismus orientierten Kräfte der ganzen Welt	5
Dokumente der 3. Parteikonferenz von „Gegen die Strömung“ (2004):	
Prüfsteine	15
Einleitung	17
Vorbemerkung zu den Dokumenten der 3. Parteikonferenz von „Gegen die Strömung“	17
Bemerkungen zur Entwicklung international und in Deutschland in den letzten acht Jahren	18
Programmatische Grundsatzklärung: Für die sozialistische Revolution, die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus	35
Die Geschichte ist die Geschichte von Klassenkämpfen	35
Teil 1: Der Untergang des Kapitalismus und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich	37
Das Proletariat ist der Totengräber des Kapitalismus	37
Der Kapitalismus	40
Der Imperialismus, das höchste Stadium des Kapitalismus	43
Teil 2: Der Kommunismus	48
Teil 3: Die revolutionäre Diktatur des Proletariats	57
Die Diktatur des Proletariats als Fortsetzung des Klassenkampfes	58
Die Diktatur des Proletariats und die sozialistische Demokratie	65

Die Diktatur des Proletariats und die Expropriation der Expropriateure	69
Die Diktatur des Proletariats und die Kulturrevolution	77

des Proletariats und den Kommunismus	35
---	----

Die Geschichte ist die Geschichte von Klassenkämpfen	35
---	----

Teil 1: Der Untergang des Kapitalismus und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich	37
---	----

Die Novemberrevolution 1918 und die bewaffneten Kämpfe bis 1923	104
Die Errichtung des Nazi-Faschismus 1933 und die bisher weltgeschichtlich einmaligen Verbrechen des deutschen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg	105
Das Wiederstarken des deutschen Imperialismus nach seiner Niederlage im Zweiten Weltkrieg	108
Teil 2: Zum Kampf gegen den deutschen Imperialismus	110
Der deutsche Imperialismus – besonders aggressive imperialistische Großmacht, internationaler Ausbeuter und eigenständiger Kriegsherd	110
Der deutsche Militarismus	110
Der deutsche Revanchismus	111
Die parlamentarisch verhüllte Diktatur der deutschen Bourgeoisie und ihre Besonderheiten, staatliche Faschisierung und Nazi-Parteien/-Banden	112
Chauvinismus und Rassismus als Merkmale der deutschen „Herrenmenschen“-Ideologie	113
Gegen jegliche Diskriminierung und Unterdrückung von Werktätigen aus anderen Herkunftsländern und von Imperialismus und Reaktion politisch Verfolgten	115
Solidarität mit der jüdischen Bevölkerung! Kampf dem Antisemitismus!	116
Solidarität mit den Sinti und Roma! Kampf gegen den Antiziganismus!	117
Kampf dem Rassismus gegen Menschen mit dunkler Hautfarbe!	118
Die mörderische Ideologie und Praxis vom „lebensunwerten Leben“ bekämpfen	118
Der Kampf gegen religiöse Verdummung und Verhetzung ist vor allem Kampf gegen die christlich-chauvinistische Ideologie	119
Kampf gegen die besondere Unterdrückung der Frauen, gegen die besondere Ausbeutung der werktätigen Frauen	120

Gegen jegliche Hetze und Diskriminierung gleichgeschlechtlich orientierter Menschen!	121
Kampf der Verschlechterung der politischen und sozialen Lage der Arbeiterklasse und der anderen ausgebeuteten Werk tätigen	121
Den Kampf gegen den Antikommunismus in allen Varianten führen	122
III. Der grundlegende Weg der sozialistischen Revolution im imperialistischen Deutschland	129
Teil 1: Die Rolle des Proletariats als führende Klasse der sozialistischen Revolution	129
Teil 2: Kommunistische Positionen zu Demokratie und Sozialismus 1435	
Teil 3: Die gewaltsame sozialistische Revolution des Proletariats und Fragen des bewaffneten Kampfes und des bewaffneten Aufstands 13543	
IV. Der Kampf gegen den modernen Revisionismus	151
Vorgeschichte und erste Erscheinungen des modernen Revisionismus	151
Der Übergang vom Chruschtschow-Revisionismus zum breschnewistischen Sozialimperialismus	151
Die „Hochkonjunktur“ des Breschnew-Revisionismus, des Sozialimperialismus und seiner Verbrechen	153
Der Bankrott des sozialimperialistischen Revisionismus	154
Der moderne Revisionismus und seine Wirkung in China, Albanien, Korea, Vietnam und Kuba	154
Den Kampf gegen den modernen Revisionismus in all seinen Erscheinungsformen weiterführen!	156
V. Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus	161
Teil 1: Hauptmerkmale der Kommunistischen Partei (Herausbildung und Entwicklung)	161

Teil 2: Zwei grundlegende Gesetzmäßigkeiten beim Aufbau der Kommunistischen Partei: Unversöhnlicher Kampf gegen den Opportunismus und Kritik/Selbstkritik	167
Ursachen des innerparteilichen Kampfs	167
Zwei grundlegende Gesetzmäßigkeiten, Formen und Methoden des innerparteilichen Kampfs	168
Prinzipielle Methoden sowohl bei Kritik und Selbstkritik als auch beim unversöhnlichen Kampf gegen den Opportunismus	169
Besonderheiten der Methode von Kritik und Selbstkritik	170
Besonderheiten im unversöhnlichen Kampf gegen opportunistische Kräfte	171
Anforderung bei der analytischen Auswertung der Erfahrungen des innerparteilichen Kampfs und der Synthese und Anwendung auf aktuelle Probleme	172
Teil 3: Theorie – Kader – Organisation: Die drei grundlegenden Bestandteile des Aufbaus der Kommunistischen Partei	174
Kommunistische Theorie	174
Kommunistische Kader	177
Kommunistische Organisation	181